

ZAK – Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Immer noch: KRIEG! Vom Giftgas zur Drohne
Symposium im Rahmen der 22. Europäischen Kulturtage, 16.-18. Mai 2014

***Verantwortung, Werte, Interessen.
Dilemmata deutscher Außenpolitik***

Dr. Corinna Hauswedell, Conflict Analysis and Dialogue (CoAD), Bonn;
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg

Abstract

Der deutschen Außenpolitik fehlt ein erkennbarer normativer Kompass. Der in drei programmatischen Reden des Bundespräsidenten, des Außenministers und der Verteidigungsministerin zu Jahresbeginn strapazierte Begriff „Neuer Verantwortung“ ist noch nicht durchdekliniert und reibt sich am ambivalenten deutschen Machtzuwachs der letzten beiden Jahrzehnte. Der schwierige Umgang mit der Krise in der Ukraine ist dafür nur das jüngste Beispiel. Die Dominanz einer interessengeleiteten, „vernetzten“ Sicherheitspolitik, die Rede von „Ertüchtigung“ durch mehr Waffenexporte und die gewachsene Auslandspräsenz der Bundeswehr kollidieren mit einem Zivilmachtanspruch, der lange einen identitätsstiftenden gesellschaftlichen Konsens reklamieren konnte. Wie müsste ein strategisches Konzept deutscher Außenpolitik in Zukunft aussehen, damit friedensförderliche und krisenpräventive Diplomatie und Konfliktbearbeitung nicht durch militärische Aktion konterkariert wird? Wie können berechtigte Erwartungen anderer an eine „kluge Macht“ Deutschland durch einen neuen Dialog auf staatlichen und nichtstaatlichen Foren kommuniziert werden?

Ein herzlicher Dank geht an die Veranstalter für die Einladung zu dieser interessanten Konferenz und für die freundliche Vorstellung

Nach der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz konnte man angesichts der drei bemerkenswert abgestimmten Beiträge des Bundespräsidenten, der Verteidigungsministerin und des Außenministers den Eindruck gewinnen, Außenpolitik und Sicherheitspolitik seien in der deutschen Debatte nahezu identisch. Warum ist das keine so gute Perspektive? Meine These geht in zwei Richtungen:

Einerseits bedeutet dies eine unzulässige Verengung der Gestaltung internationaler Beziehungen auf durch das Militär geprägte Szenarios. Zum anderen liegt dem eine zunehmend fragwürdige Erweiterung des Sicherheitsbegriffs zugrunde: Diese hat in den letzten zehn Jahren zu einer Verwischung ziviler und militärischer Gefahren- bzw. Bedrohungsanalysen und einer fehlenden Trennschärfe bei der Wahl von Strategien und Instrumenten im Umgang mit ihnen geführt. Ausgelöst durch die *post-9/11* Anti-Terror-Agenda fand dies 2003 zunächst seinen Ausdruck in der bis heute nicht revidierten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS). Mit der Bedrohungsanalyse der

ESS wurden so unterschiedliche Probleme, Risiken oder Gefahren und Bedrohungen der globalisierten Welt wie Armut, Klimawandel, Ressourcenknappheit und Terrorismus in einer Weise zusammen gedacht, dass die Trennschärfe verloren ging, mit der deutlich zwischen zivilen und militärischen Mitteln des Umgangs mit diesen Problemen unterschieden werden kann. Es entstand das intellektuell zunächst attraktive, rückblickend jedoch höchst ambivalente Mantra der „erweiterten Sicherheit“. In seiner operationalisierten Form als „vernetzte Sicherheit“ oder *comprehensive approach* fand zivil-militärische Kooperation, oder etwas vereinfacht: Entwicklungshilfe und Bundeswehr, Eingang in wichtige außen- und sicherheitspolitische Regierungsdokumente wie das Weißbuch 2006 und die Verteidigungspolitischen Richtlinien und leitet seither die Planungen für die „Armee im Einsatz“. Von Rot-Grün über Schwarz-Gelb bis zur GroKo hat man sich an diesem unscharfen Sicherheitsbegriff orientiert. Im gleichen Zuge wurde jedoch der Diskurs über eine Agenda der aktiven Friedensförderung, etwas sperriger z.B. mit ziviler Konfliktbearbeitung beschrieben und angestoßen durch den Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004, ins *Off* der Berliner Politik, mit Sicherheit aber des AA und des Kanzlerinnenamtes, gedrängt.

Das besondere deutsche Kerndilemma – im Rahmen dieses Panels auch als Gretchenfrage bezeichnet – liegt auf der Hand: Die Wünsche aus dem westlichen Bündnis diesseits und jenseits der NATO nach Übernahme von mehr deutscher „Verantwortung“ sind einerseits unüberhörbar geworden; gleichzeitig muss deutsche Außenpolitik innenpolitische Rücksicht nehmen und eine historische Rückbindung an eine besonders verantwortungslose deutsche Vergangenheit in Sachen Krieg und Frieden reflektieren. Noch vor kurzem standen nahezu zwei Drittel der Bevölkerung Kampfeinsätzen der Bundeswehr skeptisch bis ablehnend gegenüber. Der SPIEGEL registrierte vor etwa einem Jahr angesichts der schwierigen Afghanistan-Erfahrungen gar „einen Rückfall in den Pazifismus“ (25.3.2013). Es wird interessant sein zu sehen, ob die von der Körber-Stiftung soeben unternommene Umfrage zur Außenpolitik hier zu neuen Differenzierungen kommt.

Mit der Formulierung einer „werte- und interessengeleiteten Außenpolitik“ bemühten sich Angela Merkel und Guido Westerwelle in den letzten vier von der EU-Krise geprägten Jahren um einen unterschiedlichen Umgang mit dem genannten Kerndilemma deutscher Außenpolitik. Da waren u.a. die Enthaltung zur UN-Resolution 1973 im Falle Libyens, da war Schützenhilfe für den französischen Präsidenten in Mali und ein Ertüchtigungsprogramm mit deutschen Waffenlieferungen an fragwürdige Drittstaaten. Eine *Grand Strategy* war nicht in Sicht und wohl auch nicht gewollt. Mit der nun in der Großen Koalition gesetzten Akzentuierung von „mehr Verantwortung“ entsteht offenbar auch ein größerer Definitionsbedarf. Verantwortung auf welchen

Gebieten, zur Lösung welcher Probleme und mit welchen Mitteln will und soll deutsche Außenpolitik künftig übernehmen? Und wo sind die Grenzen? Das Papier der SWP/GMF „Neue Macht – Neue Verantwortung“, das bei den drei eingangs erwähnten Reden Pate stand, bleibt hier doch in vielerlei Hinsicht – man möchte vermuten absichtsvoll – vage.

Übernahme von „Verantwortung“ meint in der Kommunikation der internationalen Eliten heute allerdings eher den Militäreinsatz als den politischen Dialog und Vermittlung mit Konfliktparteien oder die entwicklungspolitische Investition. Für die Verteidigung von Wirtschaftsinteressen und die Installation einer „vernetzten Sicherheit“ gegenüber „Störern“ wird zusehends der entgrenzte Raum der Globalisierung beansprucht, wie „am Hindukusch“ geschehen und auf dem afrikanischen Kontinent zunehmend im Visier. Originalton des SWP/GMF Papiers: „Die Interessen (und Werte) eines weltweit vernetzten Landes wie Deutschland können daher selbst durch einen kleinen oder weit entfernten Störer empfindlich beeinträchtigt werden“ (S. 33).

Der Abzug aus Aghanistan hat begonnen und soll 2014 zum Abschluss kommen. Eine seriöse und nüchterne Bilanz dessen aber, was denn das Militär in Afghanistan, auch im Tandem mit zivilen Entwicklungsvorhaben, tatsächlich bewirkt (und nicht bewirkt) hat – gemessen an den Zielen und Mandaten der Einsätze – steht bis heute aus. Wieviel zählt die bereits vorhandene Erkenntnis vieler Nichtregierungsorganisationen, dass zivile Projekte durch militärisches Handeln leider weitaus häufiger konterkariert als geschützt wurden?

Zu hoffen ist, dass im Rahmen von Außenminister Steinmeiers *Review 2014* auch eine öffentlich geführte, strategische Debatte angestoßen wird darüber, welche Werte und Interessen jenseits der Landesverteidigung denn überhaupt den Einsatz von Militär rechtfertigen und ob es im Sinne etwa der entstehenden Norm einer „Schutzverantwortung“ (R2P) militärische Mandate außerhalb der UN geben sollte.

Aus der Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung möchte ich Ihnen in gebotener Kürze drei Grundüberlegungen zu einer friedensorientierten Außenpolitik zur Diskussion stellen:

I.

Außenpolitik weiter denken, müsste zu allererst bedeuten, die fatalen Folgen der militärisch dominierten, „erweiterten“ Sicherheitskonzeption zu revidieren: Sicherheit muss, wie dies zu Hoch- und Endzeiten des Kalten Krieges begonnen wurde – in der globalisierten Welt von heute aber umso dringlicher gilt – als gemeinsames bzw. kollektives Gut gedacht und konzipiert werden anstatt als Schutz gegen und vor anderen Staaten, Gesellschaften und Individuen. Das würde Mut zu

einem echten Paradigmenwechsel weg vom Gedanken des Risikomanagements hin zu den Chancen der Kooperation bedeuten und könnte sowohl in virulenten, gewaltträchtigen Konflikten innerhalb von Staaten und Gesellschaften, aber auch im normalen zwischenstaatlichen Miteinander zur Anwendung kommen. Ich weiß mich da einig u.a. mit einem geschätzten ehemaligen Bundeswehr- und NATO-Offizier wie Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann, der letzte Woche in der SZ schrieb: „Das Nullsummen-Denken, nach dem eine Seite immer nur auf Kosten der anderen gewinnen kann, ist eins der größten Übel der heutigen Welt....und auch der westlichen Seite nicht ganz fremd...“ (SZ, 7.5. 2014) Er schrieb dies im Kontext einer selbstkritischen Analyse der Fehler, die gegenüber der Ukraine und Russland seitens des Westens in den letzten Jahren gemacht wurden.

II.

Ökonomische und politische Macht, wie sie Deutschland in den letzten Jahren zugewachsen ist, ist nicht per se positiv und ein Ausweis zum verantwortungsvollen Führen. Die Härte, mit der die Kanzlerin anderen EU-Staaten einen zuweilen gnadenlosen Austeritätskurs in der Krise verordnete oder der subtile Paternalismus, mit dem im Gestaltungsmächte-Papier des AA von 2012 den Aufsteigern der Globalisierung, den sog. BRICS, neue Plätze zugewiesen wurden, zeugen noch nicht von einem produktiven Verständnis von Interessenabgleich und -ausgleich auf der Basis Gemeinsamer Sicherheit. Genau darum muss es aber künftig gehen: Die Globalisierungskritik der letzten Jahre hat nicht umsonst auf die Probleme der großen Disparitäten und Gerechtigkeitsdefizite zwischen West und Ost, Nord und Süd und innerhalb vieler fragiler Staaten und Gesellschaften hingewiesen, die ja zugleich ein Hauptursachenbündel für viele Gewaltkonflikte von heute darstellen. Außenpolitik der Mächtigeren darf sich weniger denn je auf die Durchsetzung nationaler Interessen konzentrieren, sondern ist die Kunst, diese auf gleicher Augenhöhe mit den Interessen der anderen, vor allem auch der schwächeren Staaten und Gesellschaften in Beziehung zu setzen und so auf einen fairen Ausgleich der großen Asymmetrien der Globalisierung hinzuwirken. Dazu sind Politikfelder (und Regionen) zu identifizieren, bei denen Interessenausgleich ohne Machthabitus, also *Win-win*-Situationen, erfolgreich implementiert werden können: Besonders dringlich und möglich in diesem Sinne erscheint z.B. eine neue Einwanderungspolitik der EU gegenüber den nordafrikanischen Gesellschaften.

III.

Schließlich – man merkt es – wir nähern uns von den Interessen her an die Werte und an die Moral an: **Sollte deutsche Außenpolitik sehr vorsichtig damit sein, anderen unsere Werte als allgemeingültig aufzudrängen.** Der Ton macht die Musik – das klingt vielleicht etwas trivial. Aber in Konflikten vermittelnd und mäßigend wirken kann man nur, wenn man nicht schon Partei

ist und alles besser kann, sondern die anderen zunächst einmal in ihren Interessenlagen anerkennt (auch wenn sie nicht alles so machen wie wir). Die mangelnde moralische Selbstbindung vieler westlicher Akteure in den letzten Jahren, wenn im Namen von Freiheit und Menschenrechten in verschiedenen Teilen der Welt interveniert wurde, hat es – auch das erleben wir im Zusammenhang mit der Ukraine – nicht leichter oder legitimer gemacht, mit dem Zeigefinger auf andere zuzugehen. Vorsicht also vor Doppelstandards – auch das ist Teil der Gretchenfrage!

Eigentlich bringt Deutschland durch seine wirtschaftliche Prosperität und seine politische Erfahrung im Umgang mit einer schweren Gewalt- und Kriegsgeschichte gute Voraussetzungen mit, um auf allen drei vorgenannten Gebieten Verantwortung neu zu buchstabieren – auch gegenüber den erwartungsvollen Partnern in der Welt. Ich würde mir wünschen, dass wir das in den nächsten Wochen auch im Rahmen von *Review 2014* fruchtbar machen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !